

ESV ERICH
SCHMIDT
VERLAG

Bilanz-, Prüfungs- und Steuerwesen

Band 36

Die E-Bilanz bei gemeinnützigen Körperschaften

Konzept zur Umsetzung der E-Bilanz
für steuerbegünstigte Körperschaften
mit wirtschaftlichen Geschäftsbetrieben

Von
Dr. Magdalena Kruczynski

ERICH SCHMIDT VERLAG

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Weitere Informationen
zu diesem Titel finden Sie im Internet unter
ESV.info/978 3 503 15793 8

Zugl.: Universität Trier, Diss., 2014 u. d. T.

Die E-Bilanz im Kontext gemeinnütziger Körperschaften – Eine normative
Analyse des Status Quo der steuerlichen Gewinnermittlung und Entwick-
lung eines Lösungsansatzes zur Umsetzung der E-Bilanz für gemeinnützige
Körperschaften mit wirtschaftlichen Geschäftsbetrieben

Gedrucktes Werk: ISBN 978 3 503 15793 8

eBook: ISBN 978 3 503 15794 5

ISSN 1862-0922

Alle Rechte vorbehalten

© Erich Schmidt Verlag GmbH & Co. KG, Berlin 2014
www.ESV.info

Dieses Papier erfüllt die Frankfurter Forderungen
der Deutschen Nationalbibliothek und der Gesellschaft für das
Buch bezüglich der Alterungsbeständigkeit und entspricht
sowohl den strengen Bestimmungen der US Norm Ansi/Niso
Z 39.48-1992 als auch der ISO-Norm 9706.

Druck und Bindung: Hubert & Co., Göttingen

Geleitwort

Bis jüngst wurde das Besteuerungsverfahren in Deutschland durch die Papierform geprägt, wonach vornehmlich Steuererklärungen im Bereich der Unternehmenssteuern sowie Unterlagen, die nach den Steuergesetzen vorzulegen sind – namentlich insb. Bilanzen sowie Gewinn- und Verlustrechnungen – als sog. Abschrift der Finanzbehörde einzureichen waren. Abhilfe soll dadurch geschaffen werden, jene durch Medienbrüche gekennzeichnete Prozesskette durch den verstärkten Einsatz von Onlineverfahren zu modernisieren respektive durch Implementierung einer sog. E-Taxation-Wertschöpfungskette zu optimieren sowie medienbruchfrei zu gestalten. Zur Etablierung einer vollelektronischen Unternehmenssteuererklärung als Standardverfahren respektive zwecks Substitution papierbasierter Verfahrensabläufe durch Elektronik wurde mit dem Steuerbürokratieabbaugesetz vom 20.12.2008 einerseits die generelle Pflicht zur elektronischen Übermittlung von Unternehmenssteuererklärungen eingeführt. Andererseits sind beizufügende Unterlagen ebenfalls grundsätzlich verpflichtend gem. § 5b EStG zu übermitteln (sog. „E-Bilanz“). Ausweislich der Gesetzesbegründung sind von dem Projekt „E-Bilanz“ ca. 1,35 Mio. Unternehmen betroffen. Jenes hochaktuelle und sehr komplexe Forschungsgebiet, das bilanzielle, steuerliche und IT-technische Kenntnisse voraussetzt und miteinander vereint, wurde bislang wissenschaftlich fast vornehmlich in Bezug auf Handels- und Industrieunternehmen bearbeitet, welche sich den Gliederungsschemata der §§ 266 und 275 HGB bedienen. Andere, von der E-Bilanz tangierte Steuerpflichtige wurden bis dato auf dem Gebiet der betriebswirtschaftlichen Steuerforschung größtenteils unberücksichtigt gelassen.

An dieser Stelle schließt die Arbeit von Frau Dr. *Magdalena Kruczynski* an. Ihren Untersuchungsgegenstand verkörpern steuerbegünstigte Körperschaften, deren Anzahl lt. Körperschaftsteuerstatistik des Statistischen Bundesamts auf ca. 20.000 geschätzt wird, und denen im Zuge der Einführung der E-Bilanz insofern eine Übergangsphase zugestanden wird, als sie erstmalig ihre steuerlich relevanten Unterlagen für das Kalenderjahr 2015 bzw. das abweichende Wirtschaftsjahr 2015/2016 elektronisch zu übermitteln haben. Für jene auf den ersten Blick als großzügig erscheinende, da im Vergleich zu anderen Steuerpflichtigen erst mit zweijähriger Verzögerung eintretende Regelung, lassen sich Gründe verschiedener Art anführen. Die Hauptursache ist zweifelsohne darin zu sehen, dass bis dato noch kein Datenschema existierte, das der elektronischen Übermittlung von Daten der Bilanz und GuV gemeinnütziger Körperschaften an die Finanzverwaltung gerecht wird. Ausgehend hiervon stellten sich für Frau Dr. *Magdalena Kruczynski* die nachfolgenden Forschungsfragen. Erstens wird untersucht, welche für das Gemeinnützigkeitsrecht in Betracht kommenden Organisationsformen mit welchen Sphären überhaupt in den Geltungsbereich der E-Bilanz fallen. Zweitens gilt es die jeweiligen Formen der steuerlichen Gewinnermittlung zu analysieren, welche eine überragende Bedeutung hinsichtlich der Abgrenzung des persönlichen und sachlichen Anwendungsbereichs der E-Bilanz für gemeinnützige Körperschaften besitzen. Drittens – und dies als Hauptaspekt – wird ein umfassender Lösungsansatz zur Umsetzung der E-Bilanz bei steuerbegünstigten

Körperschaften erarbeitet, der sowohl auf den vereins-, stiftungs- und gemeinnützigkeitsrechtlichen Anforderungen und Besonderheiten als auch auf den zuvor erarbeiteten Formen der steuerlichen Gewinnermittlung sowie den in diesem Bereich bestehenden Problemen beruht.

Die aus der Arbeit von Frau Dr. *Magdalena Kruczynski* gewonnenen Forschungsergebnisse leisten einen überaus wertvollen Beitrag für den Bereich der E-Bilanz im Kontext gemeinnütziger Körperschaften, der wissenschaftlich bislang völlig unbearbeitet war. Die vorliegende Arbeit, welche sehr innovativ erstmals die Bereiche „Gemeinnützigkeit“, „steuerliche Gewinnermittlung“ und „E-Bilanz“ vernetzend und wissenschaftlich fundiert untersucht, dabei logisch stringent vorgeht, eine große Praxisrelevanz aufweist, eine für die Ableitung der Forschungsergebnisse sehr hilfreiche Umfrage innerhalb der untersuchten Klientel umfasst, sodass die im Kontext der Arbeit auf entscheidungslogischem Wege identifizierten Ergebnisse einer empirischen Überprüfung unterzogen werden, und zudem im Bereich der Steuerrechtsgestaltungslehre zahlreiche Handlungsempfehlungen für einen noch nicht existierenden, aber künftig abzufragenden Bereich der E-Bilanz entwickelt, verringert eine bislang bestehende betriebswirtschaftliche Forschungslücke. Für die Qualität der Dissertation von Frau Dr. *Magdalena Kruczynski* spricht, dass deren Ergebnisse mittlerweile durch das Bundesministerium der Finanzen eine große Beachtung fanden und in die Taxonomieversion 5.3 eingingen.

Trier, im Juli 2014

Univ.-Prof. Dr. *Lutz Richter*

Vorwort

Die vorliegende Arbeit entstand während meiner Tätigkeit als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Professur für Betriebswirtschaftslehre, insb. Betriebswirtschaftliche Steuerlehre und Unternehmensrechnung der Universität Trier. Sie wurde im Wintersemester 2013/2014 unter dem Titel „Die E-Bilanz im Kontext gemeinnütziger Körperschaften – Eine normative Analyse des Status Quo der steuerlichen Gewinnermittlung und Entwicklung eines Lösungsansatzes zur Umsetzung der E-Bilanz für gemeinnützige Körperschaften mit wirtschaftlichen Geschäftsbetrieben“ von der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Trier als Dissertation angenommen.

Mein ganz besonderer Dank gilt meinem geschätzten akademischen Lehrer und Erstgutachter, Herrn Univ.-Prof. Dr. Lutz Richter, für die Unterstützung während meiner Tätigkeit als wissenschaftliche Mitarbeiterin, das mir entgegengebrachte Vertrauen sowie für die Betreuung meiner Dissertation. Herrn Univ.-Prof. Dr. Matthias Wolz danke ich für die Übernahme des Zweitgutachtens. Bei Herrn Univ.-Prof. Dr. Bernhard Swoboda bedanke ich mich für die Übernahme des Vorsitzes meines Disputationsausschusses.

Für die Aufnahme in die Schriftenreihe „Bilanz-, Prüfungs- und Steuerwesen“ bin ich den Herren Prof. Dr. Claus-Peter Weber und Univ.-Prof. Dr. Heinz Kußmaul zu großem Dank verpflichtet.

Zudem möchte ich mich bei meinen Kolleginnen und Kollegen an der Professur für Betriebswirtschaftliche Steuerlehre und Unternehmensrechnung für die Unterstützung bei meiner Promotion bedanken. Mein besonderer Dank gilt Frau Stefanie Hontheim und Herrn Stephan Braun.

Herrn Dieter Leinen und Herrn Christof Kurz von der eurodata AG in Saarbrücken danke für die langjährige Zusammenarbeit und die Möglichkeit zur Teilnahme an der Fach-AG Taxonomie Steuer.

Mein ganz besonderer Dank gilt meiner Familie, Herrn Michael Glock sowie meinen Freunden, die mich in allen Phasen meiner Promotion stets unterstützt haben.

Düsseldorf, im Juli 2014

Magdalena Kruczynski

Inhaltsübersicht

Geleitwort	V
Vorwort	VII
Inhaltsübersicht	IX
Inhaltsverzeichnis	XI
Abbildungsverzeichnis	XVIII
Tabellenverzeichnis	XIX
Anlagenverzeichnis	XXI
Abkürzungsverzeichnis	XXII
Symbolverzeichnis	XXXII
A. Einleitung	1
I. Problemstellung	1
II. Zielsetzung und Aufbau der Untersuchung	4
III. Abgrenzung des Untersuchungsgegenstands.....	8
B. Gemeinnützige Körperschaften	11
I. Einordnung gemeinnütziger Organisationen in den Non-Profit-Sektor	11
II. Der Begriff „Gemeinnützigkeit“	13
III. Grundprinzipien des gemeinnützigen Handelns.....	23
IV. Anerkennung der Gemeinnützigkeit.....	35
V. Gemeinnützige Organisationsformen	37
VI. Steuerliche Sphären gemeinnütziger Körperschaften.....	52
VII. Ertragsteuerliche Auswirkungen des Gemeinnützigkeitsstatus.....	63
C. Steuerliche Gewinnermittlung bei gemeinnützigen Körperschaften mit wirtschaftlichen Geschäftsbetrieben	79
I. Buchführungs- und Aufzeichnungspflichten.....	79
II. Möglichkeiten der steuerlichen Gewinnermittlung für den wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb	93
III. Abgrenzung der betrieblichen Sphäre	99
D. Die E-Bilanz für steuerbegünstigte Körperschaften mit wirtschaftlichen Geschäftsbetrieben	107
I. Hintergrund der Einführung der E-Bilanz	107
II. Grundlagen der E-Bilanz	110

III. Status Quo der Übermittlung der E-Bilanz bei steuerbegünstigten Körperschaften.....	126
IV. Möglichkeiten der Umsetzung der E-Bilanz bei steuerbegünstigten Körperschaften.....	145
E. Zusammenfassung der Forschungsergebnisse	285
Anhang	295
Literaturverzeichnis.....	306
Stichwortverzeichnis	368

Inhaltsverzeichnis

Geleitwort	V
Vorwort	VII
Inhaltsübersicht	IX
Inhaltsverzeichnis	XI
Abbildungsverzeichnis	XVIII
Tabellenverzeichnis	XIX
Anlagenverzeichnis	XXI
Abkürzungsverzeichnis	XXII
Symbolverzeichnis	XXXII
A. Einleitung	1
I. Problemstellung	1
II. Zielsetzung und Aufbau der Untersuchung	4
III. Abgrenzung des Untersuchungsgegenstands.....	8
B. Gemeinnützige Körperschaften	11
I. Einordnung gemeinnütziger Organisationen in den Non-Profit-Sektor	11
II. Der Begriff „Gemeinnützigkeit“	13
1. Steuerrechtliche Definition der Gemeinnützigkeit im engeren Sinne	13
a) Förderung der Allgemeinheit	13
b) Gemeinnützige Zwecke.....	16
2. Steuerrechtliche Definition der Gemeinnützigkeit im weiteren Sinne	19
a) Mildtätige Zwecke	19
b) Kirchliche Zwecke	21
III. Grundprinzipien des gemeinnützigen Handelns.....	23
1. Vorbemerkungen.....	23
2. Ausschließlichkeit.....	23
3. Unmittelbarkeit	25
4. Selbstlosigkeit	27
5. Weitere Anforderungen an die Gemeinnützigkeit	29
a) Grundsatz der zeitnahen Mittelverwendung	29
b) Grundsatz der formellen Satzungsmäßigkeit	32
c) Anforderungen an die tatsächliche Geschäftsführung	34
IV. Anerkennung der Gemeinnützigkeit.....	35

V.	Gemeinnützige Organisationsformen	37
1.	Gemeinnützige Körperschaften i.S.d. KStG	37
a)	Überblick	37
b)	Gemeinnützige Kapitalgesellschaften	38
c)	Gemeinnützige Vereine	40
d)	Gemeinnützige Stiftungen des privaten Rechts	43
e)	Betriebe gewerblicher Art von juristischen Personen des öffentlichen Rechts	45
f)	Sonstige gemeinnützigen Personenvereinigungen und Vermögensmassen	48
2.	Ausländische Körperschaften	49
VI.	Steuerliche Sphären gemeinnütziger Körperschaften	52
1.	Hintergrund der Differenzierung nach Tätigkeitsbereichen	52
2.	Vier-Sphären-Theorie	54
a)	Ideeller Bereich	54
b)	Wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb	54
(1)	Legaldefinition des Begriffs „wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb“	54
(2)	Abgrenzung zum Betrieb gewerblicher Art	57
(3)	Vereinbarkeit der wirtschaftlichen Betätigung mit dem Gemein- nützigkeitsstatus	57
c)	Vermögensverwaltung	58
d)	Zweckbetrieb	60
VII.	Ertragsteuerliche Auswirkungen des Gemeinnützigkeitsstatus	63
1.	Körperschaftsteuer zzgl. Solidaritätszuschlag	63
a)	Persönliche Steuerbefreiung nach § 5 Abs. 1 Nr. 9 Satz 1 KStG	63
b)	Partielle Steuerpflicht nach § 5 Abs. 1 Nr. 9 Satz 2 KStG	66
(1)	Sachliche Körperschaftsteuerpflicht	66
(2)	Rechtfertigung der Steuerpflicht	67
(3)	Fiktion eines einheitlichen wirtschaftlichen Geschäftsbetriebs	68
(4)	Besteuerungsgrenze	71
(5)	Körperschaftsteuerliche Bemessungsgrundlage	73
2.	Gewerbsteuer	76
a)	Persönliche Steuerbefreiung nach § 3 Nr. 6 Satz 1 GewStG	76
b)	Partielle Steuerpflicht nach § 3 Nr. 6 Satz 2 GewStG	76
C.	Steuerliche Gewinnermittlung bei gemeinnützigen Körperschaften mit wirtschaftlichen Geschäftsbetrieben	79
I.	Buchführungs- und Aufzeichnungspflichten	79
1.	Gemeinnützigkeitsrechtliche Aufzeichnungspflichten	79
2.	Derivative Buchführungspflicht nach § 140 AO	80
a)	Vorbemerkungen	80
b)	Vereinsrecht	82
c)	Stiftungsrecht	83

d) Handelsrecht.....	86
e) Eigenbetriebsverordnungen.....	88
f) Branchenspezifische Vorschriften	89
3. Originäre Buchführungspflicht nach § 141 AO.....	90
4. Freiwillige Buchführung.....	92
II. Möglichkeiten der steuerlichen Gewinnermittlung für den wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb	93
1. Überblick.....	93
2. Gewinnermittlung durch Betriebsvermögensvergleich	94
a) Gewinnermittlung nach § 5 EStG i. V. m. § 4 Abs. 1 EStG	94
b) Gewinnermittlung nach § 4 Abs. 1 EStG.....	95
3. Alternativen zur Gewinnermittlung durch Betriebsvermögensvergleich	96
a) Einnahmenüberschussrechnung nach § 4 Abs. 3 EStG	96
b) Gewinnpauschalierung und Reingewinnschätzung.....	97
III. Abgrenzung der betrieblichen Sphäre	99
1. Zuordnungsproblematik bei Aufwendungen	99
a) Abgrenzung nach dem Veranlassungsprinzip.....	99
b) Abgrenzung bei gemischt veranlassten Aufwendungen	100
2. Zuordnungsproblematik bei Wirtschaftsgütern	102
3. Vermögensverlagerungen	104
D. Die E-Bilanz für steuerbegünstigte Körperschaften mit wirtschaftlichen Geschäftsbetrieben.....	107
I. Hintergrund der Einführung der E-Bilanz.....	107
II. Grundlagen der E-Bilanz	110
1. Elektronische Übermittlung nach § 5b EStG.....	110
a) Steuerbürokratieabbaugesetz vom 20.12.2008	110
b) Struktur und Einordnung der Vorschrift	111
2. Festlegung des nach § 5b EStG zu übermittelnden Mindestumfangs.....	113
a) Ermächtigungsgrundlage des § 51 Abs. 4 Nr. 1b EStG.....	113
b) Reichweite der Ermächtigungsnorm	114
3. Anwendungszeitpunkt der E-Bilanz	119
4. Technische Umsetzung der Datenübermittlung.....	120
a) Technische Komponente der E-Bilanz.....	120
b) XBRL als Übermittlungsstandard	120
c) Wirtschaftsjahrbezogenheit der Taxonomie	122
d) Modularisierung der Taxonomie.....	123
e) Schnittstelle für Übermittlungen nach § 5b EStG.....	124
f) Übermittlungsverfahren	125

III. Status Quo der Übermittlung der E-Bilanz bei steuerbegünstigten Körperschaften.....	126
1. Besonderer sachlicher Anwendungsbereich gem. BMF-Schreiben vom 28.09.2011 und identifizierte Problembereiche	126
2. Typisierter Härtefall als Ausnahme von der Übermittlungspflicht.....	128
a) Überblick.....	128
b) Typisierter Härtefall als Rechtfertigung der Übergangsregelung für steuerbegünstigte Körperschaften	130
3. Übermittlungsschema in der Übergangsphase.....	132
4. Empirischer Nachweis zur Rechnungslegung, zur steuerlichen Gewinnermittlung und zur Einschätzung der E-Bilanz von steuerbegünstigten Körperschaften.....	134
a) Methodisches Vorgehen.....	134
(1) Durchführung der Studie.....	134
(2) Aufbau des Fragebogens und Ziele der Studie	135
(3) Zielgruppe der Befragung	136
b) Darstellung der Untersuchungsergebnisse	138
(1) Themenblock Rechnungslegung	138
(2) Themenblock Steuerliche Gewinnermittlung	142
(3) Themenblock E-Bilanz.....	143
IV. Möglichkeiten der Umsetzung der E-Bilanz bei steuerbegünstigten Körperschaften.....	145
1. Notwendigkeit exakter Abgrenzungskriterien	145
2. Abgrenzung des persönlichen Anwendungsbereichs.....	145
a) Ableitung der Abgrenzungskriterien.....	145
b) Partielle Steuerpflicht.....	147
c) Buchführung.....	148
(1) Notwendigkeit der Anknüpfung an die Buchführungspflicht bzw. eine freiwillige Buchführung	148
(2) Derivative Buchführungspflicht.....	149
(3) Originäre Buchführungspflicht	153
(4) Freiwillige Buchführung	154
d) Gewinnermittlungsart.....	156
e) Besteuerungsgrenze.....	158
f) Prüfungsschema zur Abgrenzung des persönlichen Anwendungsbereichs	160
3. Bestimmung der anzuwendenden Taxonomiearten	161
4. Abgrenzung des sachlichen Anwendungsbereichs	164
a) Umfang der Übermittlungspflicht nach dem BMF-Schreiben vom 28.09.2011	164
b) Steuerliche Gewinnermittlung für wirtschaftliche Geschäftsbetriebe	166
(1) Pflichtbestandteil versus fakultativer Berichtsbestandteil	166
(2) Einheitlicher Datensatz versus gesonderter Datensatz.....	166

(3) Optionen zur Übermittlung der steuerlichen Gewinnermittlung	167
(a) Taxonomie-Update 2014.....	167
(b) Standardisierte Gewinnermittlung	169
(c) Formlose Gewinnermittlung	173
(d) Rangfolge der Berichtsteile.....	175
c) Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung für die gesamte Körperschaft	177
(1) Anforderungen des Handelsrechts	177
(2) Handelsbilanz nach Gemeinnützigkeitsrecht	177
(3) Pflichtbestandteil vs. fakultativer Berichtsbestandteil	178
(a) Vorbemerkungen.....	178
(b) Der Steuererklärung beizufügende Unterlagen.....	179
(c) Gemeinnützigkeitsrechtliche Nachweispflichten.....	179
(d) Einreichungswahlrecht nach § 5b Abs. 1 Satz 1 bis 3 EStG.....	181
(e) Schlussfolgerung.....	182
(4) Besonderheiten bei steuerbegünstigten Körperschaften	183
(a) Überleitungsrechnung	183
(b) Ergebnisverwendung.....	184
d) Fakultative Bestandteile	185
(1) Zusätzlich einzureichende Unterlagen nach § 60 Abs. 3 EStDV.....	185
(2) Auszug aus der Summen- und Saldenliste	186
(3) Weitere freiwillig einzureichende Unterlagen	187
5. Die Anforderungen der Finanzverwaltung an den Datensatz und ihre Auswirkungen auf das Rechnungswesen.....	188
a) Die Taxonomie als amtlich vorgeschriebener Datensatz	188
b) Mindestumfang nach § 51 Abs. 4 Nr. 1b EStG.....	188
(1) Mussfeld respektive Mussfeld, Kontennachweis erwünscht	188
(2) Grundsatz der Ableitbarkeit	191
(3) Nutzung von Auffangpositionen	192
(4) Auswirkungen auf das Rechnungswesen.....	194
c) Weitere Positioneigenschaften	196
(1) Summenmussfelder	196
(2) Rechnerisch notwendige Positionen	196
(3) Auswirkungen auf das Rechnungswesen.....	198
6. Auswirkungen des Vereins-, Stiftungs- und Gemeinnützigkeitsrechts auf die Taxonomie	199
a) Erweiterungen des Stammdaten-Moduls	199
b) Formale handelsrechtliche Vorschriften	202
c) Auswirkungen des steuerlichen Gliederungsschemas auf das Handelsrecht.....	202
d) Gliederungsflexibilität.....	204

e) Berichtsbestandteil „Bilanz“	206
(1) Eigenkapital.....	206
(a) Ausstattungskapital einer gemeinnützigen Körperschaft.....	206
(i) Der Begriff „Ausstattungskapital“.....	206
(ii) Gemeinnützige Kapitalgesellschaften	206
(iii) Vereine.....	207
(iv) Stiftungen.....	210
(b) Nutzungsgebundenes Kapital.....	214
(c) Stiftungs- und gemeinnützigkeitsspezifische Rücklagen.....	217
(i) Vereinbarkeit der Rücklagenbildung mit dem Gemein- nützigkeitsrecht.....	217
(ii) Abgrenzung zum Gesellschaftsrecht	217
(iii) Gebundene Rücklagen nach § 62 Abs. 1 Nr. 1 und 2 AO.....	219
(iv) Freie Rücklagen nach § 62 Abs. 1 Nr. 3 AO.....	221
(v) Rücklage zum Erwerb von Gesellschaftsrechten	223
(vi) Ansparrücklage nach § 62 Abs. 4 AO	223
(vii) Sonstige Rücklagen	224
(viii) Ausweis der Rücklagen	226
(d) Umschichtungsrücklage	231
(e) Mittelvortrag/Verwendungsüberhang	232
(2) Bilanzierung von Spenden	237
(a) Abgrenzung Spenden sammelnder Organisationen	237
(b) Begriff der „Spende“	238
(c) Zeitpunkt der Ertragsrealisierung von Spenden.....	239
(d) Geldspenden.....	240
(i) Spenden ohne Rückzahlungsverpflichtung	240
(ii) Bedingt rückzahlungspflichtige Spenden	242
(e) Sachspenden.....	244
(f) Spenden zur Eigenkapitalstärkung.....	245
(3) Bilanzierung satzungsgemäßer Leistungen.....	245
(a) Vorbemerkungen.....	245
(b) Rückstellungen für satzungsgemäße Leistungen	246
(c) Verbindlichkeiten für satzungsgemäße Leistungen	248
(d) Aufschiebend bedingte Förderungsverpflichtungen	250
(4) Sondervermögen	251
f) Berichtsbestandteil „Gewinn- und Verlustrechnung“	252
(1) Gesamtkostenverfahren versus Umsatzkostenverfahren.....	252
(2) Erträge zur Erfüllung satzungsmäßiger Aufgaben.....	254
(a) Umsatzsteuerpflicht steuerbegünstigter Körperschaften.....	254
(i) Vorbemerkungen zur Umsatzsteuer	254
(ii) Ableitung der Unternehmereigenschaft aus der Vier- Sphären-Theorie	256

(b) Abgrenzung zur Position „Umsatzerlöse“	259
(c) Aufbau der Position „Erträge zur Erfüllung satzungsmäßiger Aufgaben“	261
(d) Einnahmen des ideellen Bereichs	266
(i) Spenden	266
(ii) Mitgliedsbeiträge	266
(iii) Erbschaften und Vermächtnisse	267
(iv) Bußgelder	268
(v) Sponsoring	269
(vi) Zuschüsse	270
(e) Umsatzerlöse der unternehmerischen Sphäre	271
(3) Aufwendungen zur Erfüllung satzungsmäßiger Aufgaben	272
(4) Werbe- und Verwaltungsaufwendungen	274
g) Mittelverwendungsrechnung	277
(1) Anforderungen an den Nachweis der zeitnahen Mittelverwendung	277
(2) Einzahlungen und Auszahlungen versus Erträge und Aufwendungen	278
(3) Aufbau der Mittelverwendungsrechnung	278
(a) Mittelverwendungsrechnung als Nebenrechnung	278
(b) Mittelverwendungsrechnung als Einheitsrechnung	280
E. Zusammenfassung der Forschungsergebnisse	285
Anhang	295
Literaturverzeichnis	306
Stichwortverzeichnis	368